

Die Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren durch politische Entscheidungsträger in Deutschland

Von Michael Fertig, Marco Puxi, Martin Rosemann
und Marian Weimann*

Abstract

This contribution is based on a survey among decision makers in politics and public administration regarding knowledge and comprehensibility of well-established indicators and reports on growth, wealth and quality of life. Furthermore, information on respondents' preferences with respect to the modeling of growth, wealth and quality of life were collected. Results suggest that the most common indicators are also the most comprehensible as well as the most often observed and used. Furthermore, these indicators are attributed the highest relevance for decisions and the largest appropriateness for measuring growth, wealth and quality of life. The vast majority of respondents agrees that growth, wealth and quality of life neither can nor should be measured by only one indicator. Largely independent of observable socio-demographic characteristics and party affiliation the use of several selected indicators is preferred. However, there is also a remarkable degree of dissent whether these indicators should be presented equally side by side or whether they should be condensed into one composite indicator.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag basiert auf einer Befragung von Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung auf unterschiedlichen Ebenen zur Bekanntheit und Verständlichkeit gängiger Indikatoren, Gutachten und Berichte zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Zudem wurden sie nach ihren Präferenzen zur Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gefragt. In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass die bekanntesten

* Dieser Beitrag basiert auf einer Untersuchung, die die Autoren im Auftrag der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages durchgeführt haben. Die Autoren danken der „Projektgruppe 2: Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators“ der Enquete-Kommission, insbesondere Stefanie Vogelsang, MdB und Prof. Dr. Gert G. Wagner, sowie zwei anonymen Gutachtern für wertvolle Hinweise und Kommentare.

Indikatoren aus Sicht der Befragten auch die verständlichsten sind, am meisten verfolgt und genutzt werden, die höchste Bedeutung für die Entscheidungen haben und ihnen letztlich auch die größte Eignung für die Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zugeschrieben wird. Schließlich sind sich die Befragten weitgehend darüber einig, dass Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität nicht lediglich durch einen Einzelindikator gemessen werden können und sollten. Weitgehend unabhängig von soziodemographischen Merkmalen und der Parteizugehörigkeit wird die Verwendung mehrerer ausgewählter Indikatoren präferiert. Allerdings gehen die Meinungen dahingehend auseinander, ob diese gleichberechtigt nebeneinander präsentiert oder zu einem Verbundindikator verdichtet werden sollten.

JEL-Classifikation: E60, P46

Received: 20 September 2012

Accepted: 25 April 2014

1. Einleitung

Die Messung von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem Fortschritt ist schon seit einigen Jahren Gegenstand akademischer und öffentlicher Diskussionen. Insbesondere in der internationalen Literatur werden die Nutzung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als alleinigem Indikator hierfür kritisch diskutiert und alternative Indikatoren bzw. Messkonzepte vorgeschlagen (vgl. z. B. Deaton, 2008; Jones/Klenow, 2010; Kahneman/Krueger, 2006; Stiglitz et al., 2009; SVR/CAE, 2010). Vor diesem Hintergrund setzte am 23. 11. 2010 der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ein.

Eine der Aufgaben der Enquete-Kommission bestand in der „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators“ (Deutscher Bundestag (2010), S. 3). Ausgangspunkt der Arbeit bildete dabei u. a. die Einschätzung, dass das häufig zur Wachstums- und Wohlstandsmessung verwendete Bruttoinlandsprodukt (BIP) problematisch ist, denn dieses bildet „soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend ab“ (Deutscher Bundestag (2010), S. 2). Daher ist, „um eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen, (...) zu prüfen, wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können“ (Deutscher Bundestag, 2010, 3).

Der Diskussionsverlauf in der Enquete-Kommission lässt erkennen,¹ dass als Alternative zu einem einzigen gemeinsamen Indikator auch ein Set aus mehre-

¹ Vgl. <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/oeffentlich/index.html>.

ren geeigneten Indikatoren zur Wachstums- und Wohlstandsmessung erörtert wird (vgl. hierzu auch SVR/CAE, 2010). Wichtige Rahmenbedingungen dafür, dass ein solches Indikatorenset tatsächlich Eingang in öffentliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse findet, sind Bekanntheit, Relevanz und faktische Handhabung der in ein solches Set einbezogenen Indikatoren.

Da zu den o. g. Aspekten bislang keine systematischen Informationen vorliegen, wurde von der Enquete-Kommission bei den Autoren dieses Beitrags eine Studie in Auftrag gegeben, die zum Ziel hatte, folgende Fragen systematisch, repräsentativ und wissenschaftlich valide zu beantworten: (1) Wie intensiv werden bestehende regelmäßig veröffentlichte Indikatoren und wissenschaftliche Gutachten zu Wachstum und Wohlstand rezipiert? (2) Welcher Nutzen wird hieraus gezogen? (3) Welche Hindernisse bestehen hinsichtlich der Verwendung und Interpretation der Indikatoren? (4) Wie sollten Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gemessen werden? In die Untersuchung einbezogen werden sollten dabei Abgeordnete aller Ebenen von den kommunalen Volksvertretungen bis zum EU-Parlament sowie leitende Mitarbeiter von Bundes- und Landesministerien.

In diesem Beitrag werden die zentralen Befunde der Untersuchung zusammengefasst². Die Auswertungen der Befragung und die Ergebnisdarstellung orientieren sich dabei an den oben genannten Forschungsfragen. Betont werden muss an dieser Stelle, dass es sich bei der durchgeführten Befragung, auf der dieser Beitrag beruht, um eine Art „Meinungsumfrage“ unter den Entscheidungsträgern aus Politik und öffentlicher Verwaltung handelt. Der vorliegende Beitrag fasst somit die darin geäußerten Ansichten der Befragten entlang der oben genannten Fragen zusammen und arbeitet heraus, inwieweit eine systematische Kovariation der geäußerten Meinungen mit beobachtbaren Charakteristika der Entscheidungsträger festgestellt werden kann.

Im Folgenden wird zunächst die Umsetzung der Befragung in Kapitel 2 detaillierter erläutert. Kapitel 3 stellt die Struktur der Stichprobe dar und erläutert kurz die Auswertungsmethoden. Daran anschließend findet sich in Kapitel 4 eine Darstellung der wichtigsten Befragungsergebnisse. Eine kurze Zusammenfassung wird schließlich in Kapitel 5 präsentiert.

2. Umsetzung der Erhebung bei Abgeordneten und Ministerialbeamten

Die Umsetzung des Untersuchungsauftrags sah vor, folgende Personengruppen in die Befragung einzubeziehen: (1) Deutsche Mitglieder des Europaparla-

² Der ausführliche Bericht ist unter http://www.isg-institut.de/index.php?b=single&id_B=6&id_UB=47&id_Nummer=145 erhältlich.

ments, (2) Mitglieder des Deutschen Bundestags, (3) Mitglieder der Landtage, (4) Mitglieder der kommunalen Volksvertretungen³, (5) leitende Mitarbeiter von Bundes- und Landesministerien⁴. Der Fragebogen mit insgesamt 17 inhaltlichen und elf Fragen zu tätigkeitsbezogenen und soziodemographischen Merkmalen der Befragten wurde im Rahmen eines Pretests als PDF-Formulardokument, das direkt am PC bearbeitet werden konnte, an insgesamt 25 Bundes- und Landtagsabgeordnete, leitende Mitarbeiter in Bundes- und Landesministerien sowie Mitglieder von Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte verschickt. Auf Basis der Pretest-Ergebnisse erfolgte eine Überarbeitung des Fragebogens für die eigentliche Befragung.⁵

Während die notwendigen Kontaktinformationen zu den deutschen Mitgliedern des Europaparlaments sowie den Abgeordneten von Deutschem Bundestag und Landtagen von der Bundestagsverwaltung zur Verfügung gestellt werden konnten, mussten die Adressen der anderen Befragtengruppen eigenständig recherchiert werden. Aus forschungsökonomischen Gründen wurde in Abstimmung mit dem Auftraggeber für Volksvertreter der kommunalen Ebene (Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen/Stadträte, Bezirksverordneten- und Bezirksversammlungen) sowie für die Mitarbeiter der Bundes- und Landesministerien die Adressrecherche auf die jeweiligen „Hausspitzen“ (Landräte, (Ober-) Bürgermeister, Staatssekretäre bzw. Amtsleiter) beschränkt. Auf diese Weise konnten für insgesamt 3.357 Entscheidungsträger Kontaktinformationen zusammengestellt werden.

Tabelle 1 verdeutlicht, dass die maximal erreichbare Zahl an Adressaten der Befragung bei fast 30.000 Personen lag. Da von Beginn an nicht davon ausgegangen werden konnte, dass eine vollständige Weiterleitung der E-Mails mit dem beigefügten Fragebogen an Kreistagsmitglieder, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte, Bezirks- und Bezirksverordnetenversammlungen sowie an alle leitenden Funktionsträger der Bundes- und Landesministerien erfolgt, ist diese Zahl lediglich als theoretische Größe zur Grundgesamtheit zu betrachten.

Um eine möglichst hohe Beteiligung an der Befragung zu erreichen, erfolgte der Befragungsstart unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause am 05.09.2011. Etwas mehr als zwei Wochen später wurde via E-Mail an die Befragung erinnert. Am 07.10.2011 wurde die Feldphase beendet. Insgesamt wurden bis zu diesem Tag 1.849 ausgefüllte Fragebögen zurückgesendet. Die

³ Dies umfasst die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte der kreisfreien Städte und die Bezirksversammlungen bzw. Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin und Hamburg.

⁴ Hierzu wurden alle Ministerialmitarbeiter ab der Hierarchieebene der Gruppen- bzw. Unterabteilungsleitung gezählt. Dies umfasst beispielsweise Abteilungsleitungen, Ministerialdirektoren, Staatsräte und (beamtete) Staatssekretäre.

⁵ Ein Muster des Erhebungsinstruments ist von den Autoren auf Anfrage erhältlich.

Struktur dieser Nettostichprobe wird im nächsten Kapitel überblicksartig dargestellt.

Tabelle 1

**Überblick über die Gesamtheit
der zu befragenden Personen nach Befragtengruppe**

Befragtengruppe	Theoretisch im Rahmen der Befragung erreichbare Personen
Deutsche Mitglieder im EU-Parlament	99
Abgeordnete des Deutschen Bundestags	620
Abgeordnete der Landtage	1.857
Mitglieder der Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen in den kreisfreien Städten und der Bezirks(verordneten)versammlungen in Berlin und Hamburg	24.586
Leitende Mitarbeiter/innen der Bundes- und Landesministerien	2.202
Insgesamt	29.364

3. Struktur der Stichprobe und Auswertungsmethoden

In der Nettostichprobe sind Abgeordnete und Mitglieder der Parlamente zu 85% vertreten, während 15% der beantworteten Fragebögen den Ministerialbeamten zuzuordnen sind. Die größte Gruppe in der Stichprobe wird durch Mandatsträger der kommunalen Ebene mit fast 79% repräsentiert. Abgeordnete der Landtage stellen ca. 11%, die des Bundestags rund 7% und Vertreter des EU-Parlaments knapp unter 1% der Stichprobe.

Frauen sind unter den Befragten zu rund 23% vertreten, der Anteil der Männer beläuft sich entsprechend auf ca. 77%. Nach dem Alter differenziert, zeigt sich die Gruppe der 50–64-Jährigen mit fast 55% aller Befragten am stärksten vertreten. Beinahe 28% der Befragten sind der Gruppe der 35–49-Jährigen zuzuordnen. Zu etwa 12% waren die Befragten älter als 64 Jahre. Mit dem geringsten Anteil von ca. 5% waren unter 35-Jährige vertreten. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit der befragten Personen sind zu rund 76% den Bereichen Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen und Haushalt zuzuordnen.

Betrachtet man die Parteizugehörigkeit der befragten Personen (vgl. Tabelle 2), so sind CDU mit fast 25% sowie SPD mit beinahe 22% am stärksten vertreten. Befragte, die der Partei Die Linke angehören, machten mit rund 4% die kleinste Gruppe der an der Befragung Teilnehmenden aus. Im Mittelfeld ordnen sich Mitglieder der Grünen (ca. 11%), Parteilose (etwas mehr als 10%), Mitglieder sonstiger Parteien oder Wählervereinigungen (fast 9%) sowie der FDP (beinahe 8%) ein. Die an der Befragung teilnehmenden Abgeordneten des

Deutschen Bundestages verteilen sich im Wesentlichen so auf die Parteien, wie es der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag entspricht. Die deutlichsten Abweichungen hiervon lassen sich für SPD- und CDU-/CSU-Abgeordnete beobachten.

Tabelle 2

Überblick über die Parteizugehörigkeit der befragten Personen, der Mitglieder des Bundestages und die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

Parteizugehörigkeit	Alle	Nur Bundestag	Sitzverteilung	Differenz
Parteilos	10,2	/.	/.	/.
B90/Grüne	11,0	10,3	10,9	-0,6
CDU	24,7	26,2	38,4	-7,6
CSU	8,2	4,7		
Linke	4,2	11,2	12,2	-1,0
FDP	7,8	13,1	15,0	-1,9
SPD	21,8	31,8	23,5	+8,3
Sonstige Partei/ Wählervereinigung	8,7	/.	/.	/.
Keine Aussage	3,4	2,8	/.	/.

Die zentralen Befunde der Befragung hinsichtlich Bekanntheit, Relevanz, Handhabung, Nutzen und bevorzugter Messung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren werden im folgenden Kapitel zusammengefasst. Dabei wird nicht nur die unbedingte Variation der Antworten über alle Befragten hinweg berichtet, sondern auch dargestellt, welche systematischen Zusammenhänge zwischen den Antworten einerseits und den beobachtbaren Merkmalen der befragten Personen andererseits ermittelt werden können. Zu Letzteren zählen neben der Funktion des Befragten (Abgeordnete vs. Ministerialbeamte) und der föderalen Ebene der Abgeordnetentätigkeit auch die Parteizugehörigkeit, der inhaltliche Arbeitsschwerpunkt und soziodemographische Charakteristika wie Alter, Geschlecht und Berufsabschluss.

Die empirischen Untersuchungen zur Frage, inwieweit die Antworten systematisch mit den oben genannten Merkmalen der Befragten zusammenhängen, erfolgt mit Hilfe multivariater Regressionsmodelle. Mit ihnen wird untersucht, inwieweit ein systematischer Zusammenhang zwischen einer abhängigen Variable und einer bestimmten Anzahl an potenziellen Beschreibungs- oder Erklärungsfaktoren existiert, deren Berücksichtigung simultan erfolgt (für eine detaillierte Darstellung vgl. z. B. Bauer/Fertig/Schmidt, 2009).

Konkret werden im vorliegenden Fall sog. (geordnete) Probit-Modelle genutzt, die Standardmodelle für erklärende Variablen darstellen, die auf einer

diskreten Skala gemessen werden. Die geschätzten Koeffizienten (bzw. marginalen Effekte) der Beschreibungsvariablen geben jeweils an, wie sich die durchschnittliche Zustimmungswahrscheinlichkeit verändert, wenn sich die zugehörige Beschreibungsvariable um eine kleine (d. h. marginale) Einheit verändert. Ein negativer Koeffizient bedeutet also, dass die durchschnittliche Zustimmungswahrscheinlichkeit *ceteris paribus* (unter sonst gleichen Umständen) sinkt, wenn sich die entsprechende Variable um eine (kleine) Einheit erhöht. Im Falle eines positiven Vorzeichens des Koeffizienten gilt dann genau das Umgekehrte, d. h. die Zustimmungswahrscheinlichkeit erhöht sich *ceteris paribus*, wenn sich die entsprechende Variable um eine Einheit erhöht.

Aus darstellerischen Gründen werden im Folgenden für beide Modellarten lediglich die Richtung der Veränderung sowie deren statistische Signifikanz (aus den zugehörigen t-Werten) angegeben, nicht jedoch die quantitative Dimension. Hierfür werden geschätzte Koeffizienten, die auf einem Niveau von mindestens 95 % signifikant und positiv sind, mit „++“ veranschaulicht. Auf gleichem Niveau statistisch signifikant negative Koeffizienten mit einem „-“. Schwach signifikant positive Schätzwerte werden mit „+“ abgekürzt, schwach signifikant negative mit „-“. Unter schwacher Signifikanz wird dabei ein Signifikanzniveau von mindestens 90 %, aber weniger als 95 % verstanden.⁶

4. Zentrale Ergebnisse zur Messung von Wachstum und Wohlstand

Die Darstellung der zentralen Befragungsergebnisse ist wie folgt aufgebaut. Zunächst wird in Kapitel 4.1 darauf eingegangen, wie regelmäßig sich die Entscheidungsträger über den Themenkomplex Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sowie die zugehörigen Indikatoren und Berichte informieren und wie hoch die Bekanntheit sowie Verständlichkeit einzelner Indikatoren und Berichte eingeschätzt werden. Daran anschließend werden in Kapitel 4.2 einige allgemeine Bewertungen zum Nutzen von Indikatoren und Berichten für die Arbeit der Entscheidungsträger präsentiert. Diese werden ergänzt um die Einschätzung der Befragten zum Einfluss einzelner Indikatoren und Berichte auf ihre konkreten Entscheidungen. Schließlich werden in Kapitel 4.3 die Einschätzungen der Befragten dargestellt, inwieweit sich einzelne Indikatoren und Berichte zur Beurteilung von Wachstum und Wohlstand eignen und wie diese Thematik ihrer Ansicht nach am besten gemessen werden kann.

⁶ Die ausführlichen Schätzergebnisse (Koeffizienten bzw. marginale Effekte und zugehörige t-Werte) finden sich im Bericht, der unter http://www.isg-institut.de/index.php?b=single&id_B=6&id_UB=47&id_Nummer=145 erhältlich ist.

4.1 Regelmäßigkeit der Information sowie Bekanntheit und Verständlichkeit

Es dürfte unstrittig sein, dass die regelmäßige Beschaffung von Information zu einem Themenkomplex eine zentrale Voraussetzung für eine fundierte Beurteilung desselben darstellt. Gleichzeitig kann die Regelmäßigkeit der Information zu einem Thema das Interesse eines Individuums daran widerspiegeln, in dem sich wiederum die Einschätzung seiner Relevanz und Nützlichkeit manifestieren kann. In jedem Fall erscheint es zunächst interessant, die Angaben der befragten Entscheidungsträger zur Regelmäßigkeit der Informationsbeschaffung genauer zu betrachten. Zu diesem Zweck wurden die Befragten gebeten, zu einzelnen Indikatoren, Gutachten und Berichten jeweils anzugeben, wie regelmäßig sie deren Entwicklung verfolgen. Als Antwortmöglichkeiten standen „regelmäßig“, „punktuell/bei Bedarf“ und „nie, da für meine Arbeit nicht relevant“ zur Auswahl, wobei – hier wie im Weiteren – folgende Indikatoren/Berichte abgefragt wurden⁷: (1) BIP-Wachstumsrate, (2) Arbeitslosenquote, (3) Inflationsrate, (4) Armutsquote, (5) Öffentliche Verschuldung auf Ebene der Adressaten (EU, Bund, Land, Kommune), (6) Ökologischer Fußabdruck, (7) Gutachten bzw. Konjunkturprognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und (8) Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

Den Befragungsergebnissen zufolge steht hier die Arbeitslosenquote an der Spitze, gefolgt von der Inflationsrate und der öffentlichen Verschuldung (vgl. hierzu auch Tabelle 3). Demnach wird die Arbeitslosenquote von fast 76% der Befragten regelmäßig verfolgt, von etwas mehr als 22% punktuell. Die Inflationsrate wird von rund 66% regelmäßig und von beinahe 32% punktuell verfolgt. Ähnlich verhält es sich mit der öffentlichen Verschuldung (ca. 65% regelmäßig, rund 33% punktuell). Der „klassische“ Wachstumsindikator – die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts – wird hingegen lediglich von etwas weniger als der Hälfte der Befragten (ca. 49%) regelmäßig beobachtet und von fast 39% punktuell.

Am wenigsten zur Kenntnis genommen wird den Befragungsergebnissen zufolge jedoch der Ökologische Fußabdruck. Nur etwa 6% der Befragten gaben eine regelmäßige Beobachtung an, etwas mehr als 37% eine punktuelle. Mit beinahe 57% beobachtet eine Mehrheit der Befragten den ökologischen Fußabdruck gar nicht, da dieser für ihre Arbeit nicht als relevant angesehen wird. Zwischen diesen Extremen liegen die Armutsquote und das Gutachten des Sachverständigenrates beinahe gleichauf.

Den multivariaten Schätzergebnissen in Tabelle 3 zufolge ergeben sich einige auffällige Zusammenhänge zwischen den beobachtbaren Merkmalen der be-

⁷ Das konkrete Set an Indikatoren wurde von den Autoren zusammen mit der Arbeitsgruppe 2 der Enquete-Kommission erarbeitet und bildet somit die unterschiedlichen Erkenntnisinteressen der Beteiligten ab.

fragten Entscheidungsträger und ihren jeweiligen Antworten. Interessant erscheinen vor allem folgende statistisch signifikanten Unterschiede: Zwar verfolgen im Durchschnitt Abgeordnete verglichen mit Führungskräften aus den Ministerien seltener die BIP-Wachstumsrate und das Sachverständigenratsgutachten. Jedoch wird dieses Ergebnis hauptsächlich durch die kommunalen Mandatsträger getrieben. Die Abgeordneten in EU-Parlament, Bundestag und Landtagen informieren sich nämlich signifikant häufiger über das BIP-Wachstum als Mitglieder von Kommunalparlamenten.

Dieser Befund ergibt sich – mit Ausnahme der EU-Parlamentarier – auch für das Sachverständigenratsgutachten, die Arbeitslosenquote, die Armutsquote und den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung. Bei der Inflationsrate und dem Ökologischen Fußabdruck lassen sich hingegen nur signifikante Unterschiede zwischen Bundestagsabgeordneten und kommunalen Mandatsträgern beobachten. Darüber hinaus wird deutlich, dass Frauen weniger regelmäßig als Männer die Wachstumsrate des BIP, die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate, die öffentliche Verschuldung und das Sachverständigenratsgutachten verfolgen. Das Umgekehrte gilt hingegen für die Armutsquote.

Tabelle 3

**Schätzergebnisse zur Regelmäßigkeit
der Information über ausgewählte Indikatoren und Berichte**

	BIP-Wachstumsrate	Arbeitslosenquote	Inflationsrate	Armutsquote
Regelmäßig	49,2	75,6	65,3	31,2
Punktuell	38,8	22,3	31,5	51,6
Nie, da irrelevant	12,0	2,2	3,2	17,2
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	0	0	0
EU-Parlament 1)	++	0	+	0
Bundestag 1)	++	++	++	++
Landtag 1)	++	++	0	++
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0
Ostdeutschland	--	0	--	0
Akademiker	++	++	0	0
Frau	--	--	--	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	--	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	0	-	0
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	0	0	0	0
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	++	++	++

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 3

Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
B90/Grüne 4)	0	0	0	++
CDU/CSU 4)	++	++	++	0
FDP 4)	+	0	++	0
Linke 4)	0	++	++	++
SPD 4)	0	0	0	++
Sonstige 4)	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	0	0	0	0
Anzahl Beobachtungen	1.735	1.737	1.737	1.727
	Öffentliche Verschuldung	Ökologischer Fußabdruck	SVR- Gutachten	Indikatoren bericht
Regelmäßig	64,5	6,0	27,9	10,9
Punktuell	33,3	37,2	56,6	51,8
Nie, da irrelevant	2,3	56,8	15,5	37,4
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	0	0	--	0
EU-Parlament 1)	0	0	0	0
Bundestag 1)	0	++	++	++
Landtag 1)	0	0	++	++
Parlament unbekannt 1)	--	0	0	0
Ostdeutschland	0	-	--	0
Akademiker	0	0	0	-
Frau	--	0	--	0
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	--	--
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	0	--	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	0	0	--	--
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	-	++	+
B90/Grüne 4)	0	++	0	0
CDU/CSU 4)	0	0	0	0
FDP 4)	0	-	+	0
Linke 4)	0	0	0	+
SPD 4)	0	0	0	0
Sonstige 4)	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	--	0	-	-
Anzahl Beobachtungen	1.731	1.697	1.727	1.711

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

Schließlich spielt offenbar auch die Parteizugehörigkeit für die Antwortverteilungen eine nennenswerte Rolle. So zeigen die Auswertungen, dass die Arbeitslosenquote im Vergleich zu den parteilosen Befragten besonders regelmäßig von Mitgliedern der CDU/CSU sowie der Linkspartei verfolgt wird, die Inflationsrate zusätzlich auch von den Mitgliedern der FDP. Informationen zur Armutsquote hingegen werden besonders regelmäßig von den Befragten beschafft, die Mitglieder von SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder Linkspartei sind. Die BIP-Wachstumsrate wird im Vergleich zu den parteilosen Befragten nur von den Mitgliedern der CDU/CSU regelmäßiger verfolgt, der Ökologische Fußabdruck hingegen von den Mitgliedern der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die signifikanten Zusammenhänge mit der Parteizugehörigkeit, die sich auch im Folgenden immer wieder zeigen, können darauf hindeuten, dass die Antworten der Befragten auch dadurch bedingt werden, dass einzelne Indikatoren oder Gutachten für die jeweiligen Hauptwählergruppen mehr oder weniger relevant erscheinen.

Betrachtet man die Angaben der Entscheidungsträger zur Bekanntheit der oben genannten Indikatoren, Gutachten und Berichte, so verdeutlicht Tabelle 4, dass diejenigen Indikatoren, über die sich die Befragten am häufigsten informieren, auch die höchsten Bekanntheitsgrade (im Sinne von „kenne ich sehr gut“) aufweisen. Dies gilt – mit jeweils über 90% aller Befragten – für die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate und die öffentliche Verschuldung. Mit etwas Abstand folgen die Wachstumsrate des BIP mit einem Zustimmungswert von rund 70%, die Armutsquote und das Gutachten des Sachverständigenrats zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit jeweils etwa 60%. Der Ökologische Fußabdruck sowie der Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland weisen mit knapp unter 23% bzw. fast 19% nicht nur deutlich geringere Bekanntheitsgrade auf. Während bei allen anderen abgefragten Indikatoren, Berichten und Gutachten nur jeweils weniger als 6% angaben, diesen/s gar nicht zu kennen, waren es beim Indikatorenbericht mit fast 30% und beim Ökologischen Fußabdruck mit sogar rund 41% deutlich mehr.

Mit Blick auf Unterschiede zwischen den befragten Gruppen sind insbesondere die folgenden Ergebnisse aus Tabelle 4 auffällig: Im Vergleich zu den befragten Führungskräften in Ministerien kennen die Abgeordneten signifikant seltener die BIP-Wachstumsrate, die Inflationsrate, die Armutsquote und das Gutachten des Sachverständigenrats. Im Vergleich zu den kommunalen Mandatsträgern sind bei den Landtagsabgeordneten alle abgefragten Indikatoren, Gutachten und Berichte bekannter. Bei den Bundestagsabgeordneten gilt dies ebenso, davon ausgenommen sind jedoch Arbeitslosenquote und Inflationsrate.

Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass bei den befragten Frauen die Bekanntheit der Armutsquote signifikant höher ist als bei den befragten Männern. Signifikant geringere Bekanntheitsgrade unter den weiblichen Befragten ergeben sich hingegen für die BIP-Wachstumsrate, die Inflationsrate, die öffentliche Verschuldung und das Sachverständigenratsgutachten. Wiederum spielt auch

Tabelle 4

Schätzergebnisse zur Bekanntheit ausgewählter Indikatoren und Berichte

	BIP-Wachstumsrate	Arbeitslosenquote	Inflationsrate	Armutquote
Kenne ich sehr gut	70,0	95,8	92,5	60,1
Habe schon davon gehört	24,3	4,1	7,3	36,5
Kenne ich nicht	5,7	0,1	0,2	3,4
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	0	--	--
EU-Parlament 1)	+	0	0	0
Bundestag 1)	++	0	0	++
Landtag 1)	++	++	++	++
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0
Ostdeutschland	0	0	--	--
Akademiker	++	0	++	0
Frau	--	0	--	++
Alter unter 35 Jahre 2)	++	0	0	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	0	0	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	0	0	0	-
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	++	+	0
B90/Grüne 4)	++	0	0	++
CDU/CSU 4)	0	++	0	0
FDP 4)	++	++	0	0
Linke 4)	0	0	0	++
SPD 4)	0	0	0	++
Sonstige 4)	--	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	0	0	0	0
Anzahl Beobachtungen	1.745	1.747	1.747	1.739
	Öffentliche Verschuldung	Ökologischer Fußabdruck	SVR-Gutachten	Indikatorenbericht
Kenne ich sehr gut	90,2	22,6	59,4	18,6
Habe schon davon gehört	9,1	36,4	36,3	51,8
Kenne ich nicht	0,7	41,0	4,4	29,7
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	0	0	--	--
EU-Parlament 1)	0	++	0	0
Bundestag 1)	++	++	++	++
Landtag 1)	++	++	++	++
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	-

Ostdeutschland	0	–	--	–
Akademiker	0	0	++	0
Frau	--	+	--	0
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	--	--
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	+	–	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	0	+	0	--
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	0	++	0
B90/Grüne 4)	0	++	0	0
CDU/CSU 4)	++	0	++	0
FDP 4)	0	0	++	0
Linke 4)	0	++	0	0
SPD 4)	++	0	++	0
Sonstige 4)	0	0	0	0
Unbekannte				
Parteizugehör. 4)	0	0	0	–
Anzahl Beobachtungen	1.746	1.730	1.744	1.742

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

die Parteizugehörigkeit eine systematische Rolle. Den Schätzergebnissen zufolge ist die BIP-Wachstumsrate bei den Mitgliedern von Grünen und FDP im Vergleich zu den parteilosen Befragten stärker bekannt. Für die Arbeitslosenquote ergibt sich eine signifikant häufigere Bekanntheit bei den Mitgliedern von CDU/CSU und FDP. Die Armutsquote ist dagegen den Mitgliedern von SPD, Grünen und Linkspartei häufiger bekannt als parteilosen Befragten. Das Sachverständigengutachten ist besonders bei den Mitgliedern von CDU/CSU, SPD und FDP bekannt, die öffentliche Verschuldung bei den Befragten aus CDU/CSU und SPD. Der Ökologische Fußabdruck schließlich ist ausschließlich bei den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen signifikant bekannter als bei den parteilosen Befragten⁸.

Des Weiteren wurde danach gefragt, ob die genannten Indikatoren, Gutachten und Berichte auf Anhieb gut verständlich sind. Auffällig und wenig überraschend ist dabei, dass die bekanntesten Indikatoren auch als am verständlichsten eingeschätzt werden. Wie bei der Bekanntheit nehmen auch bei der Verständlichkeit die Arbeitslosenquote (rund 93 % halten sie „auf Anhieb“ für

⁸ Eine separate Untersuchung nach Geschlecht ergibt, dass bei den befragten Frauen nur relativ selten signifikante Unterschiede hinsichtlich der beobachtbaren Charakteristika zu verzeichnen sind. Dies gilt insbesondere für die Parteizugehörigkeit, die bei Männern somit offenbar eine deutlich größere Rolle für die Antwortverteilung spielt und das Gesamtergebnis dominiert.

verständlich), die Inflationsrate (ca. 91%) und die öffentliche Verschuldung (gut 85%) Spitzenplätze ein. Wiederum folgen die Wachstumsrate des BIP mit ca. 70% und die Armutsquote mit beinahe 58%. Im Vergleich zu seinem Bekanntheitsgrad kommt das Jahresgutachten des Sachverständigenrats bei der Verständlichkeit mit rund 49% auf einen geringeren Wert. Allerdings geben hier fast ein Viertel der Befragten an, dass sie die Verständlichkeit des SVR-Gutachtens nicht beurteilen könnten. Noch seltener kann die Verständlichkeit des Ökologischen Fußabdrucks sowie des Indikatorenberichts zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland eingeschätzt werden. Von denen, die sich ein Urteil zutrauen, hält überdies jeweils mehr als die Hälfte die beiden Indikatoren/Berichte nicht für auf Anhieb verständlich. Vergleicht man die Antworten der unterschiedlichen Befragtengruppen, so lassen sich ähnliche auffällige – im statistischen Sinn signifikante – Befunde wie bei der Bekanntheit beobachten. Aus diesem Grund wird hier auf eine detaillierte Darstellung verzichtet.⁹

4.2 Bewertung des Nutzens von Indikatoren und Berichten sowie deren Einfluss auf konkrete Entscheidungen

Zur Bewertung des Nutzens von Indikatoren sowie Gutachten und Berichten zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität für die eigene Arbeit sollten die Befragten auf einer 3er-Skala („trifft nicht zu“, „trifft teilweise zu“, „trifft voll zu“) folgende fünf Aussagen jeweils getrennt für Indikatoren sowie Gutachten/Berichte bewerten: Indikatoren (Gutachten/Berichte) zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität (1) helfen mir bei der allgemeinen Orientierung, (2) sind Informationen, die für meine tägliche Arbeit wichtig sind, (3) haben wichtigen Einfluss auf meine Entscheidungen, (4) werden in der öffentlichen Diskussion grundsätzlich überschätzt und (5) reduzieren die Realität unangemessen auf einfache Kennzahlen. Die Ergebnisse hierzu sind in den Tabellen 5 und 6 zusammengefasst.

Insgesamt zeigen die Auswertungen, dass Indikatoren, Gutachten und Berichte zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität nach Ansicht der Befragten in stärkerem Ausmaß der allgemeinen Orientierung dienen und weniger bedeutsam für die tägliche Arbeit oder gar für konkrete Entscheidungen sind. Während bei den Indikatoren nur gut 4% und bei den Gutachten/Berichten nur etwas mehr als 5% der Befragten angaben, dass diese keine Hilfe bei der allgemeinen Orientierung bieten, gab für Indikatoren einerseits und Gutachten/Berichte andererseits jeweils rund ein Viertel der Befragten an, dass diese als Informationen für die tägliche Arbeit nicht wichtig sind bzw. keinen wichtigen Einfluss auf die eigenen Entscheidungen haben.

⁹ Die Tabelle mit den Schätzergebnissen ist auf Anfrage von den Autoren erhältlich.

Tabelle 5

Allgemeine Bewertung des Nutzens von Indikatoren

	Hilfe bei allgemeiner Orientierung:	Wichtig für tägliche Arbeit	Einfluss auf Entschei- dungen	Werden überschätzt	Unangemess. Reduzierung der Realität
Trifft voll zu	54,0	23,4	16,0	16,2	19,2
Trifft teilweise zu	42,5	53,0	59,5	56,3	52,2
Trifft nicht zu	3,5	23,6	24,5	27,5	28,6
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	--	0	++	++
EU-Parlament 1)	0	+	0	0	0
Bundestag 1)	++	++	++	-	0
Landtag 1)	0	++	++	--	0
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0	0
Ostdeutschland	0	+	0	0	0
Akademiker	++	+	0	0	0
Frau	--	0	0	0	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	--	0	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	0	--	++	0
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	--	0	--	+	0
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	++	++	0	++
B90/Grüne 4)	0	0	0	++	0
CDU/CSU 4)	++	++	++	0	--
FDP4)	++	0	0	0	0
Linke 4)	0	0	0	++	0
SPD 4)	++	0	0	0	0
Sonstige 4)	0	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	0	0	0	+	0
Anzahl Beobachtungen	1.728	1.719	1.722	1.717	1.715

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

Insgesamt haben die Indikatoren im Vergleich mit den Gutachten/Berichten offenbar eine größere Relevanz. Für die allgemeine Orientierung kommt den Indikatoren mit rund 54% („trifft voll zu“) und ca. 43% („trifft teilweise zu“) eine größere Bedeutung zu als den Gutachten/Berichten mit knapp 43% („trifft voll zu“) und fast 52% („trifft teilweise zu“). Ebenso verhält es sich bei der Wichtigkeit als Informationen für die tägliche Arbeit. Hier geben bei den Indikatoren etwas mehr als 23% der Befragten an, dass dieses „voll“ und gut 53%,

dass es „teilweise“ zutrifft. Bei den Gutachten/Berichten sind es hingegen nur rund 20% („trifft voll zu“) und ca. 54% („trifft teilweise zu“). Auf die Frage, ob Indikatoren oder Gutachten/Berichte einen wichtigen Einfluss auf die eigenen Entscheidungen haben, gaben bei den Indikatoren gut 16% an, dass dies „voll“ und ca. 60%, dass es „teilweise“ zutrefte. Bei den Gutachten/Berichten waren es rund 11% („trifft voll zu“) und ca. 61% („trifft teilweise zu“).

Tabelle 6

Bewertung des Nutzens von Gutachten/Berichten

	Hilfe bei allgemeiner Orientierung:	Wichtig für tägliche Arbeit	Einfluss auf Entschei- dungen	Werden überschätzt	Unangemess. Reduzierung der Realität
Trifft voll zu	42,7	19,5	11,1	14,1	12,0
Trifft teilweise zu	51,8	54,0	61,4	56,9	50,0
Trifft nicht zu	5,4	26,5	27,6	29,0	38,0
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	--	0	++	++
EU-Parlament 1)	0	0	0	0	0
Bundestag 1)	++	++	++	0	0
Landtag 1)	0	++	++	0	--
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0	0
Ostdeutschland	0	++	0	0	0
Akademiker	++	0	0	0	-
Frau	0	0	0	0	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	0	0	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	0	0	0	0	-
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	0	0	0	0	0
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	0	++	++	+	0
B90/Grüne 4)	0	0	+	+	0
CDU/CSU 4)	+	0	0	0	-
FDP 4)	+	0	0	0	0
Linke 4)	0	0	0	+	0
SPD 4)	0	0	0	0	0
Sonstige 4)	0	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	--	0	0	+	0
Anzahl Beobachtungen	1.646	1.682	1.665	1.655	1.675

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

Allerdings geht sowohl bei den Indikatoren als auch bei den Gutachten/Berichten jeweils eine Mehrheit der Befragten davon aus, dass diese in der öffentlichen Diskussion überschätzt werden und die Realität auf unangemessene Weise vereinfachen. Diese Einschätzungen fallen bei den Indikatoren noch etwas deutlicher aus als bei den Gutachten und Berichten. Aus den beiden Tabellen werden ferner einige systematische Unterschiede zwischen den befragten Gruppen erkennbar. So spielen für die Abgeordneten im Vergleich zu den Führungskräften aus Ministerien sowohl Indikatoren als auch Gutachten/Berichte eine geringere Rolle als allgemeine Orientierungshilfe sowie als Informationen für die tägliche Arbeit. Keinen signifikanten Unterschied zwischen den beiden Gruppen gibt es im Hinblick auf den Einfluss von Indikatoren und Gutachten/Berichten auf konkrete Entscheidungen. Abgeordnete sind zudem signifikant häufiger als die Führungskräfte in den Ministerien der Auffassung, Indikatoren und Gutachten/Berichte seien in der öffentlichen Diskussion überschätzt und reduzierten die Realität unangemessen auf einzelne Kennzahlen.

Allerdings bestehen wiederum auch hier signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen parlamentarischen Ebenen. So betrachten Bundestagsabgeordnete im Vergleich zu kommunalen Mandatsträgern Indikatoren und Gutachten/Berichte häufiger als Hilfe für die allgemeine Orientierung. Ebenso erachten Bundestags- wie Landtagsabgeordnete Indikatoren und Gutachten/Berichte häufiger als Mandatsträger auf der kommunalen Ebene als Informationen, die für ihre tägliche Arbeit wichtig sind und einen wichtigen Einfluss auf ihre Entscheidungen haben. Landtagsabgeordnete sind zudem seltener als kommunale Mandatsträger der Auffassung, Indikatoren würden in der öffentlichen Diskussion überschätzt und Gutachten/Berichte wären eine unangemessene Vereinfachung der Realität.

Darüber hinaus fällt auf, dass Frauen Indikatoren zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität seltener als Männer als Hilfe bei der allgemeinen Orientierung erachten. Sie sind zudem häufiger als Männer der Auffassung, dass Indikatoren ebenso wie Gutachten/Berichte eine unangemessene Reduzierung der Realität auf einfache Kennzahlen vornehmen. Untersucht man die Angaben zu diesen beiden Aspekten für Frauen und Männer getrennt, so fällt auf, dass die beobachtbaren Charakteristika der Befragten bei Frauen eine deutlich geringe Rolle spielen als bei Männern. Dies gilt insbesondere für die Parteizugehörigkeit, der wiederum (vgl. oben, Fußnote 8) für das Antwortverhalten von Männern eine größere Bedeutung zukommt.

Der Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit unterscheidet sich auch bei der Beurteilung der Relevanz von Indikatoren einerseits sowie Gutachten/Berichten andererseits. Die befragten Mitglieder von CDU/CSU, SPD und FDP halten die Indikatoren im Vergleich mit parteilosen Entscheidungsträgern signifikant häufiger für eine Hilfe bei der allgemeinen Orientierung. Die Mitglieder von CDU/CSU erachten die Indikatoren zudem vergleichsweise häufig als

wichtige Informationen in der täglichen Arbeit. Sie geben zudem besonders oft an, dass die Indikatoren einen wichtigen Einfluss auf die eigenen Entscheidungen haben. Die Mitglieder von Grünen und Linkspartei geben demgegenüber im Vergleich zu parteilosen Entscheidungsträgern häufiger an, dass die Indikatoren in der öffentlichen Diskussion überschätzt werden.

Zusätzlich zu diesen allgemeinen Einschätzungen wurden die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung auch gebeten, den Einfluss einzelner Indikatoren, Gutachten und Berichte auf ihre eigenen konkreten Entscheidungen deziert zu bewerten. Hierfür wurden wiederum die oben genannten Einzelindikatoren und Berichte/Gutachten separat aufgeführt und die Befragten um eine Bewertung auf einer 4er-Skala („kein Einfluss“, „geringer Einfluss“, „großer Einfluss“, „sehr großer Einfluss“) gebeten. Tabelle 7 fasst die Ergebnisse zusammen.

Demnach haben bei mehr als drei Vierteln bzw. knapp 58% der Befragten die öffentliche Verschuldung bzw. die Arbeitslosenquote einen (sehr) großen Einfluss auf konkrete Entscheidungen. Danach folgen mit einigem Abstand Inflationsrate und Armutsquote. Der Wachstumsrate des BIP wird nur von weniger als einem Drittel der Entscheidungsträger ein (sehr) großer Einfluss zugeschrieben, dem Sachverständigenratsgutachten gar nur von einem guten Viertel. Beim ökologischen Fußabdruck und dem Indikatorenbericht sind es weniger als ein Fünftel aller Befragten.

Den multivariaten Regressionsergebnissen zufolge haben die BIP-Wachstumsrate und das Sachverständigenratsgutachten einen geringeren Einfluss auf die konkreten Entscheidungen der Abgeordneten als auf die Entscheidungen der leitenden Mitarbeiter in Bundes- und Landesministerien, Armutsquote und Ökologischer Fußabdruck hingegen einen höheren. Bei Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten weisen die Wachstumsrate des BIP, die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate häufiger einen Einfluss auf die konkreten Entscheidungen auf als bei den Mandatsträgern auf kommunaler Ebene. Für Bundestags- und Landtagsabgeordnete gilt dies auch für die Armutsquote, die öffentliche Verschuldung, das Sachverständigenratsgutachten und den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung, für die Bundestagsabgeordneten zudem auch für den Ökologischen Fußabdruck.

Auf die Entscheidungen von Frauen hat die BIP-Wachstumsrate offenbar einen systematisch geringeren Einfluss als auf die Entscheidungen von Männern. Das Gegenteil ist bei der Armutsquote und beim Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland der Fall. Die Entscheidungen der Mitglieder von CDU/CSU und FDP werden nach eigener Aussage im Vergleich zur parteilosen Referenzgruppe stärker durch die BIP-Wachstumsrate und die Inflationsrate bestimmt, die der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen hingegen weniger stark. Die Arbeitslosenquote beeinflusst den Schätzergebnissen zufolge vor allem die Entscheidungen der Mitglieder von Unionsparteien, SPD und

Tabelle 7

Einfluss auf eigene konkrete Entscheidungen

	BIP-Wachstumsrate	Arbeitslosenquote	Inflationsrate	Armutsquote
Sehr großer oder großer Einfluss (ja)	30,3	57,7	39,1	38,2
Geringer oder kein Einfluss (nein)	69,7	42,3	60,9	61,8
Probit: nein / ja	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	0	0	++
EU-Parlament 1)	++	++	++	0
Bundestag 1)	++	++	++	++
Landtag 1)	++	++	++	++
Parlament unbekannt 1)	0	0	+	0
Ostdeutschland	0	0	0	0
Akademiker	0	0	0	0
Frau	--	0	0	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	--	--	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	--	--	--	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	--	--	--	--
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	++	++	++
B90/Grüne 4)	--	0	--	++
CDU/CSU 4)	++	++	++	--
FDP 4)	++	0	++	--
Linke 4)	0	++	0	++
SPD 4)	0	++	0	++
Sonstige 4)	0	0	+	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	++	0	0	0
Anzahl Beobachtungen	1.717	1.734	1.728	1.716
	Öffentl. Verschuldung	Ökologischer Fußabdruck	SVR-Gutachten	Indikatorenbericht
Sehr großer oder großer Einfluss (ja)	75,6	18,9	26,0	19,4
Geringer oder kein Einfluss (nein)	24,4	81,1	74,0	80,6
Probit: nein / ja	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	0	++	--	0
EU-Parlament 1)	0	0	0	./.
Bundestag 1)	++	++	++	++
Landtag 1)	++	0	++	++

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 7

Probit: nein / ja	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0
Ostdeutschland	0	--	0	0
Akademiker	++	0	0	0
Frau	0	0	0	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	0	--	--
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	--	0	--	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	--	0	--	--
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	-	++	0
B90/Grüne 4)	0	++	--	++
CDU/CSU 4)	0	--	+	0
FDP 4)	0	--	+	0
Linke 4)	0	0	--	0
SPD 4)	0	0	0	0
Sonstige 4)	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	--	0	--	0
Anzahl Beobachtungen	1.735	1.691	1.720	1.689

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

Linkspartei. Die Armutsquote ist überproportional für die Entscheidungen der Mitglieder von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei relevant, unterproportional hingegen für die Mitglieder der FDP. Das Gutachten des Sachverständigenrats spielt für die Entscheidungen der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei eine – verglichen mit der Referenzgruppe der Parteilos – besonders geringe Rolle. Bei den Mitgliedern der Grünen sind hingegen der Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung und der Ökologische Fußabdruck vergleichsweise wichtig, Letzterer ist dagegen für die Entscheidungsträger von Union und FDP besonders unwichtig.

4.3 Bewertung der Eignung von Indikatoren und Berichten zur Messung von Wachstum und Wohlstand sowie bevorzugte Messung

Die Befragten wurden weiterhin um ihre Einschätzung gebeten, inwiefern die abgefragten Indikatoren, Gutachten und Berichte zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität geeignet sind. Hierfür stand eine 3er-Skala („nicht geeignet“, „teilweise geeignet“, „sehr geeignet“) zur Verfügung. Außer-

dem war die Angabe „kann ich nicht beurteilen“ möglich. Die Ergebnisse hierzu sind in Tabelle 8 zusammengefasst.

Tabelle 8
**Geeignetheit zur Beurteilung
 von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität**

	BIP-Wachstumsrate	Arbeitslosenquote	Inflationsrate	Armutsquote
Sehr geeignet	36,0	53,0	45,0	35,2
Teilweise geeignet	46,6	41,3	45,1	42,3
Nicht geeignet	7,3	4,1	7,5	11,0
Kann ich nicht beurteilen	10,1	1,6	2,5	11,5
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	--	0	0
EU-Parlament 1)	++	0	++	0
Bundestag 1)	++	++	0	0
Landtag 1)	0	+	0	--
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	0
Ostdeutschland	0	0	0	0
Akademiker	0	++	0	0
Frau	--	0	0	++
Alter unter 35 Jahre 2)	0	--	--	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	--	--	--	0
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	--	--	--	0
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	0	0	0
B90/Grüne 4)	--	--	--	0
CDU/CSU 4)	++	0	++	--
FDP 4)	++	0	+	--
Linke 4)	0	0	0	++
SPD 4)	0	0	0	++
Sonstige 4)	0	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	0	--	0	0
Anzahl Beobachtungen	1.562	1.712	1.695	1.532
	Öffentliche Verschuldung	Ökologischer Fußabdruck	SVR-Gutachten	Indikatorenbericht
Sehr geeignet	44,4	11,1	22,6	14,8
Teilweise geeignet	44,7	24,2	53,0	36,6
Nicht geeignet	8,7	10,0	9,1	5,8

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 8

	Öffentliche Verschuldung	Ökologischer Fußabdruck	SVR- Gutachten	Indikatoren- bericht
Kann ich nicht beurteilen	2,3	54,8	15,3	42,8
Geordnetes Probit	Assoziation	Assoziation	Assoziation	Assoziation
Abgeordneter	--	0	--	-
EU-Parlament 1)	0	0	0	0
Bundestag 1)	0	0	+	0
Landtag 1)	0	0	0	0
Parlament unbekannt 1)	0	0	0	-
Ostdeutschland	0	0	0	0
Akademiker	0	0	0	0
Frau	0	0	0	0
Alter unter 35 Jahre 2)	--	0	0	0
Alter 35 bis unter 50 Jahre 2)	--	-	--	--
Alter 50 bis unter 65 Jahre 2)	--	-	--	--
Ökonomischer Schwerpunkt 3)	++	0	++	0
B90/Grüne 4)	0	++	--	++
CDU/CSU 4)	++	--	++	0
FDP 4)	++	--	++	0
Linke 4)	0	0	--	0
SPD 4)	0	0	0	0
Sonstige 4)	+	0	0	0
Unbekannte Parteizugehör. 4)	0	0	0	0
Anzahl Beobachtungen	1.699	776	1.473	1.711

Anm.: 1) Referenzgruppe: Kommunalparlament; 2) Referenzgruppe: Alter 65 und älter; 3) Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen oder Haushalt; 4) Referenzgruppe: Parteilos.

Auffällig ist zunächst, dass bei keinem der abgefragten Indikatoren, Gutachten und Berichte eine Mehrheit davon ausgeht, dass dieser/s für die Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität *nicht* geeignet sei. Dies gilt auch für den Ökologischen Fußabdruck und den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Bei diesen beiden ist jedoch der Anteil, der nach eigener Aussage die Eignung nicht beurteilen kann, sehr groß. Beim Indikatorenbericht sind es fast 43% der Befragten, beim Ökologischen Fußabdruck mit beinahe 55% sogar mehr als die Hälfte der Befragten.

Die größte Zustimmung hinsichtlich der Eignung zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität erhält die Arbeitslosenquote. Mit rund 53% hält mehr als die Hälfte der Befragten diese für „sehr“ und weitere ca. 41% zu-

mindest für „teilweise“ geeignet. Dies kann sicherlich als überraschend, wenn nicht gar als kontraintuitiv bezeichnet werden, da im Regelfall nur eine Minderheit der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen ist und eine Beschäftigung nicht notwendigerweise auch mit einer existenzsichernden Bezahlung einhergehen muss. Auf die Arbeitslosenquote folgen die Inflationsrate mit gut 45% („sehr geeignet“) bzw. knapp über 45% („teilweise geeignet“) sowie die öffentliche Verschuldung mit ca. 44% („sehr geeignet“) und fast 45% („teilweise geeignet“). Die BIP-Wachstumsrate halten 36% für „sehr“ und fast 47% für „teilweise“ geeignet. Bei der Armutsquote sind es ca. 35% („sehr geeignet“) und rund 42% („teilweise geeignet“), beim Gutachten des Sachverständigenrats fast 23% („sehr geeignet“) und etwa 53% („teilweise geeignet“). Der Indikatorenbericht und der Ökologische Fußabdruck rangieren wiederum auf den letzten beiden Plätzen.

Die multivariaten Schätzergebnisse legen den Schluss nahe, dass Abgeordnete im Vergleich zu Entscheidungsträgern aus Ministerien die BIP-Wachstumsrate, die Arbeitslosenquote, die öffentliche Verschuldung, das Sachverständigenratsgutachten und den Indikatorenbericht (letzteren aber nur schwach signifikant) für weniger geeignet halten, um Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu beurteilen. Im Vergleich mit kommunalen Mandatsträgern erachten Europa- und Bundestagsabgeordnete die BIP-Wachstumsrate häufiger als geeignet. Bei den Europaabgeordneten gilt das auch für die Inflationsrate, bei den Bundestagsabgeordneten hingegen auch für die Arbeitslosenquote. Die Landtagsabgeordneten halten hingegen im Vergleich zur Referenzgruppe die Armutsquote für weniger geeignet.

Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen erachten relativ häufig die BIP-Wachstumsrate, die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate und das Sachverständigenratsgutachten für nicht geeignet. Überproportional oft halten sie hingegen den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung und den Ökologischen Fußabdruck für geeignet. Die Entscheidungsträger aus Union und FDP bewerten hingegen überproportional häufig die BIP-Wachstumsrate, die öffentliche Verschuldung und das Sachverständigenratsgutachten als geeignet. Für nicht geeignet halten sie demgegenüber vergleichsweise häufig den Ökologischen Fußabdruck und die Armutsquote.

Im Gegensatz dazu schätzen Mitglieder von SPD und Linkspartei die Armutsquote vergleichsweise häufig als geeignet ein, um Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität abzubilden. Die Mitglieder der Linkspartei gehören zudem wie die Mitglieder der Grünen vergleichsweise oft zu denjenigen, die das Sachverständigenratsgutachten als ungeeignet bewerten. Die Inflationsrate wird nur von den Mitgliedern der Unionsparteien im Vergleich mit der parteilosen Referenzgruppe häufiger als geeignet eingeschätzt.

Schließlich wurden die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung auch gebeten, ihre Präferenzen hinsichtlich der Abbildung von Wachstum, Wohl-

stand und Lebensqualität zu äußern. Zunächst sollten sie angeben, ob die Messung mit (1) einem Indikator, (2) mehreren gleichrangigen Indikatoren, (3) einem Verbundindikator aus mehreren Einzelindikatoren oder (4) mit einem Gutachten oder Bericht erfolgen sollten. Ferner war es möglich, anzugeben, dass sich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gar nicht angemessen abbilden lassen sowie, dass man hierzu keine Meinung hat.

Dabei stellte sich heraus, dass jeweils ungefähr ein Drittel der Befragten entweder einen Verbundindikator oder mehrere gleichrangige Einzelindikatoren präferieren. Rund 15% bevorzugen einen Bericht bzw. ein Gutachten, lediglich 3% der Befragten äußern Zustimmung für einen einzigen Indikator. Immerhin 11% der Befragten sind der Ansicht, dass sich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gar nicht angemessen abbilden lassen. 5% haben hierzu keine Meinung.

Die statistischen Analysen ergeben in Bezug auf die Präferenzen zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität kaum Unterschiede zwischen den befragten Gruppen.¹⁰ Abgeordnete präferieren gegenüber Führungskräften aus Ministerien seltener mehrere gleichrangige Indikatoren. Sie sind zudem häufiger der Auffassung, dass die Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gar nicht angemessen möglich ist. Dabei erweisen sich jedoch Bundestagsabgeordnete im Vergleich zu kommunalen Mandatsträgern als weniger skeptisch. Die Mitglieder von CDU/CSU und SPD sind im Vergleich mit der parteilosen Referenzgruppe seltener der Ansicht, dass die Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gar nicht möglich sei. Entscheidungsträger aus CDU/CSU und Linkspartei präferieren im Vergleich zu den Parteilosen häufiger mehrere Indikatoren. Die Mitglieder von CDU/CSU befürworten zudem vergleichsweise selten Gutachten oder Berichte.

Alle Personen, die angaben, nur einen Indikator zur Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu präferieren, wurden danach gefragt, welchen sie hierfür vorschlagen würden. Von diesen lediglich 51 Befragungspersonen, gaben 45% die BIP-Wachstumsrate an, 18% die öffentliche Verschuldung und jeweils 12% die Arbeitslosen- und die Armutsquote. Alle Befragten, die angaben, einen Verbundindikator oder mehrere gleichrangige Indikatoren zu präferieren, wurden nach den dabei für sie jeweils relevanten Einzelindikatoren gefragt. Tabelle 9 verdeutlicht, dass die Reihenfolge der Anzahl der Nennungen der Einzelindikatoren für beide vorgeschlagenen Varianten jeweils nahezu identisch ist. Der einzige Unterschied besteht darin, dass bei den Befürwortern mehrerer gleichrangiger Indikatoren die öffentliche Verschuldung häufiger gewünscht wird als die Armutsquote. Bei denjenigen, die einen Verbundindikator präferieren, verhält es sich hingegen genau umgekehrt.

¹⁰ Die vollständigen Schätzergebnisse sind auf Anfrage von den Autoren erhältlich.

Tabelle 9

**Präferierte Einzelindikatoren bei Verwendung mehrerer Indikatoren
oder eines Verbundindikators**

Einzelindikatoren	Für mehrere gleich- rangige Indikatoren (Nennungen in %)	Für einen Verbundindikator (Nennungen in %)
Arbeitslosenquote	89,2	89,0
BIP-Wachstumsrate	80,9	80,5
Inflationsrate	74,8	71,8
Öffentliche Verschuldung	71,3	67,4
Armutsquote	61,5	68,9
Ökologischer Fußabdruck	27,0	36,1
Anderer Indikator	15,7	19,0

Die meisten Nennungen erfährt jeweils die Arbeitslosenquote mit rund 89 %, gefolgt von der Wachstumsrate des BIP mit jeweils rund 81 %. Die Inflationsrate wird von fast 75 % der Personen genannt, die mehrere gleichrangige Indikatoren vorschlagen, bei den Befürwortern eines Verbundindikators sind es hingegen knapp unter 72 %. Die öffentliche Verschuldung wird von rund 71 % bzw. 67 % genannt. Auch die Armutsquote wird mit fast 62 % und rund 69 % jeweils von einer Mehrheit der Befragten als notwendiger Indikator angegeben. Demgegenüber sprach sich lediglich eine Minderheit von ca. 27 % bzw. 36 % für den Ökologischen Fußabdruck aus.

Noch weniger Befragte empfahlen jeweils im Rahmen einer offenen Abfrage die Einbeziehung anderer Indikatoren. Diese konzentrierten sich auf sehr unterschiedliche Felder, die entsprechend der Zahl der Nennungen unterschiedliche Bedeutung haben. Besonders häufig genannt wurden dabei bildungsbezogene Indikatoren (z. B. Verteilung von Schul- oder Berufsabschlüssen, Bildungsstand der Bevölkerung, PISA-Ergebnisse, Bildungsbeteiligung, Bildungsteilhabe, Bildungsquote, Schulabbrecherquote, Bildungsgerechtigkeit, Zahl der Lehrstellen und Studienplätze, Fachkräftepotenzial, Analphabetenquote), gefolgt von Indikatoren zur Messung des subjektiven Wohlbefindens (wie z. B. Glück, Zufriedenheit mit der Lebenssituation, der Lebensqualität, der politischen Entwicklung) sowie Verteilungsindikatoren (wie z. B. Einkommens- und Vermögensverteilung, Verteilung von Arm und Reich (auch regional), Verteilungsgerechtigkeit, gerechte Güterverteilung, GINI-Koeffizient).

Analog zu oben wurden auch diejenigen Befragten, nach deren Ansicht Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität am ehesten durch ein Gutachten oder einen Bericht abgebildet werden sollten, danach gefragt, welches Gutachten bzw. welchen Bericht sie präferieren, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Mit fast 62 % nannte eine Mehrheit dabei das Sachverständigenratsgut-

achten, hingegen mit knapp unter 48% nur etwas weniger als die Hälfte den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Fast 18% der Befragten würden andere Gutachten zur Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität verwenden, wobei der Armuts- und Reichtumsbericht am häufigsten genannt wurde.

5. Zusammenfassung

Im Rahmen einer im Auftrag der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages durchgeführten Befragung wurden Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung auf unterschiedlichen Ebenen danach gefragt, inwieweit ihnen gängige Indikatoren, Gutachten und Berichte zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland bekannt sind, wie verständlich sie diese finden, inwieweit sie diese verfolgen sowie für ihre Arbeit und ihre Entscheidungen nutzen. Zudem wurden sie nach ihren Präferenzen zur Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gefragt und danach, inwieweit sie die gängigen Indikatoren, Gutachten und Berichte dabei jeweils für geeignet halten.

In der Gesamtschau lässt sich zunächst festhalten, dass die bekanntesten Indikatoren aus Sicht der Befragten auch die verständlichsten sind, am meisten verfolgt und genutzt werden, die höchste Bedeutung für die Entscheidungen haben und ihnen letztlich auch die größte Eignung für die Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zugeschrieben wird. Insgesamt haben dabei die Indikatoren im Vergleich zu Gutachten und Berichten eine größere Relevanz.

Eine große Bedeutung kommt jeweils der Arbeitslosenquote zu, die nahezu immer am häufigsten genannt wird. Dies kann sicherlich als überraschend, wenn nicht gar als kontraintuitiv bezeichnet werden, da im Regelfall nur eine Minderheit der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Der in der Regel am zweithäufigsten genannte Indikator ist die öffentliche Verschuldung, gefolgt von der Inflationsrate und der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Eine mittlere Relevanz kommt aus Sicht der Befragten der Armutsquote zu, mit einer etwas geringeren Bedeutung folgen die Jahresgutachten des Sachverständigenrats. Die geringste Bekanntheit sowie die geringste Relevanz für die eigene Arbeit und die eigenen Entscheidungen lassen sich für den Ökologischen Fußabdruck und den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland beobachten. Beide sind vielen Befragten unbekannt.

Für die Abgeordneten auf den unterschiedlichen Ebenen spielen die abgefragten Indikatoren, Gutachten und Berichte generell eine geringere Rolle als für die Führungskräfte aus den Ministerien. Dies gilt besonders für die Wachstumsrate des BIP und das Sachverständigenratsgutachten. Für die Arbeit der hauptberuflichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag und in den Landtagen sind die

Indikatoren, Gutachten und Berichte jedoch erwartungsgemäß von größerer Bedeutung als für die ehrenamtlich tätigen Mandatsträger auf kommunaler Ebene.

Erwartungsgemäß deutliche Unterschiede in der Relevanz und Bewertung der einzelnen Indikatoren, Gutachten und Berichte finden sich auch zwischen Befragten mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit: Der Arbeitslosenquote kommt im Vergleich zur parteilosen Referenzgruppe bei den Mitgliedern von CDU/CSU, SPD und Linkspartei eine überproportional hohe Bedeutung zu. Die Bedeutung des BIP-Wachstums wird vergleichsweise häufig von den Entscheidungsträgern aus Union und FDP betont. Gleiches gilt für die Inflationsrate, das Gutachten des Sachverständigenrats und in geringerem Ausmaß auch für die öffentliche Verschuldung. Während die Entscheidungsträger mit SPD-Parteibuch dem Sachverständigenratsgutachten eher neutral gegenüberstehen, spielt dieses bei Mitgliedern von Grünen und Linkspartei offensichtlich eine untergeordnete Rolle und wird von diesen zur Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität auch vergleichsweise kritisch gesehen. Die Rolle der Armutsquote wird von den Entscheidungsträgern aus SPD und Linkspartei sowie mit Einschränkungen auch der Grünen vergleichsweise höher, von den Befragten aus Union und FDP vergleichsweise geringer eingeschätzt. Schließlich erachten die befragten Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen überproportional häufig den Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung sowie den Ökologischen Fußabdruck für relevant. Letzterer wird von Entscheidungsträgern aus CDU/CSU und FDP hingegen besonders kritisch gesehen.

Insgesamt scheinen die abgefragten Indikatoren, Gutachten und Berichte keinen auffällig hohen Einfluss auf die Entscheidungen der befragten Personen zu haben. Lediglich bei der öffentlichen Verschuldung und der Arbeitslosenquote gibt eine Mehrheit der Befragten an, dass diese jeweils einen sehr großen oder großen Einfluss auf ihre konkreten Entscheidungen hat. Schließlich sind sich die Befragten weitgehend darüber einig, dass Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität nicht lediglich durch einen Einzelindikator gemessen werden können und sollten. Weitgehend unabhängig von soziodemographischen Merkmalen und der Parteizugehörigkeit wird vielmehr die Verwendung mehrerer ausgewählter Indikatoren präferiert. Allerdings gehen die Meinungen dahingehend auseinander, ob diese gleichberechtigt nebeneinander präsentiert oder zu einem Verbundindikator verdichtet werden sollten. Interessant ist, dass bei den Befürwortern beider Möglichkeiten jeweils eine Mehrheit die Arbeitslosenquote, die Wachstumsrate des BIP, die Inflationsrate, die öffentliche Verschuldung und die Armutsquote einbeziehen möchte.

Da die befragten Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung die primäre Zielgruppe darstellen, an deren Arbeit und Zuständigkeit sich die konkrete Abbildung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität richtet, legen die Befragungsergebnisse den Schluss nahe, dass die fünf genannten Indikatoren in Zukunft hierfür berücksichtigt werden sollten. Dabei muss allerdings zweierlei

einschränkend angemerkt werden. Zum einen kann strategisches Antwortverhalten nicht ausgeschlossen werden. Den Befragten wurden sowohl Hintergrund als auch Auftraggeber der Erhebung klar kommuniziert. Somit war allen Beteiligten bewusst, dass die Befragungsergebnisse Eingang in die Diskussionen der Enquete-Kommission finden werden und möglicherweise einen Einfluss auf deren Beratungsergebnis haben werden. Vor diesem Hintergrund können die beobachtbaren und durchweg systematischen Unterschiede im Antwortverhalten hinsichtlich der Parteizugehörigkeit als Indiz für strategisches Antwortverhalten interpretiert werden. Allerdings können sie auch eine Manifestation fundamentaler Grundüberzeugungen darstellen, die mit der jeweiligen Parteizugehörigkeit einhergeht. Inwieweit strategisches Antwortverhalten tatsächlich vorliegt, lässt sich somit nicht abschließend klären.

Zum anderen muss einschränkend angemerkt werden, dass der Zeitpunkt der Befragung und dabei gerade die politische Agenda bestimmende Themen möglicherweise einen Einfluss auf das Antwortverhalten der Befragten hatten. So fand die Erhebung in einem Zeitraum statt, in dem die europäische Schuldenkrise auf ihrem Höhepunkt war. Dies könnte Rückwirkungen auf die Einschätzungen der Befragten zum Beispiel im Hinblick auf die Bedeutung der Staatsverschuldung gehabt haben. Um diese Hypothese zu überprüfen, müsste die Befragung allerdings nochmals durchgeführt werden.

Literatur

- Bauer, Th./Fertig, M./Schmidt, Ch. M.* (2009): Empirische Wirtschaftsforschung – Eine Einführung. Heidelberg/Berlin.
- Deaton, A.* (2008): Income, health, and well-being around the world: evidence from the Gallup World Poll., *The journal of economic perspectives*, 22, 53 – 72.
- Deutscher Bundestag* (2010): Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, BT-Drucksache 17/3853 vom 23. 11. 2010.
- Jones, Ch. I./Klenow, P. J.* (2010): Beyond GDP? Welfare across Countries and Time. NBER Working Paper 16352. National Bureau of Economic Research.
- Kahneman, D./Krueger, A. B.* (2006): Developments in the measurement of subjective well-being, *The journal of economic perspectives*, 20, 3 – 24.
- Stiglitz, J. E./Sen, A./Fitoussi, J.-P.* (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- SVR/CAE* (2010): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates.